

„Ich rate dazu, nicht wieder alles infrage zu stellen“

Staatssekretär Daniel Bahr (FDP) verteidigt die Gesundheitsreform

Jan Jessen

Essen. Daniel Bahr (FDP) ist seit 2009 Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium. Die NRZ sprach mit ihm über die Gesundheitsreform.

Herr Bahr, warum ist Ihr Chef noch im Amt?

Er ist erfolgreich, weil er nach einem teilweise zähen Prozess eine Gesundheitsreform erreicht hat, die für die nächsten Jahre hält und die gerecht und sozial ausgeglichen ist. Die Lasten, die er von seiner Vorgängerin Ulla Schmidt geerbt hat, - immerhin 11 Mrd. Euro Defizit - werden gerecht verteilt.

Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Krankenkassen, Ärzte, Krankenhäuser und die Opposition sehen das nicht so.

Wenn man politische Entscheidungen trifft und damit Verantwortung übernimmt, muss man damit leben, dass viele nur ihre eigenen Interessen sehen. Wir nehmen jede Kritik ernst, sind aber der Überzeugung, dass wir eine faire Lastenverteilung vorgenommen haben. Leistungserbringer müssen genauso ihren Beitrag bringen wie Versicher-

te und Arbeitgeber.

Philipp Rösler hat den Zusatzbeitrag als „Zusatzprämie“ bezeichnet. Das ist genau das, was Ihr Koalitionspartner CSU nicht will. Will Rösler neuen Streit?

Alle drei Parteien können mit dem gefundenen Kompromiss zufrieden sein. Ich denke, dass wir uns jetzt nicht mit Begriffen aufhalten sollten. Wichtig ist, dass wir es erreicht haben, dass künftige Kostensteigerungen im Gesundheitssystem nicht mehr automatisch die Arbeitskosten belasten.

Der Kompromiss wird also nicht im Gesetzgebungsverfahren zerpfückt?

Nein. Zwar gilt auch hier das Struck'sche Gesetz: Es verlässt kein Gesetz den Bundestag, wie es eingebracht wurde. Es wird sicherlich vereinzelte Änderungen geben. Ich rate aber dringend dazu, nicht wieder alles infrage zu stellen.

Warum hat sich die FDP vom Grundsatz mehr Netto vom Brutto verabschiedet?

Wir haben gerade eine der schwersten Wirtschaftskrisen

hinter uns gebracht. Dass das nicht ohne Auswirkungen für die sozialen Sicherungssysteme bleibt, ist jedem klar. Hinzu kommt, dass der medizinisch-technische Fortschritt und die demografische Entwicklung stetig zu steigenden Ausgaben im Gesundheitswesen führen werden. Wir haben eine exzellente medizinische Versorgung in Deutschland, um die uns andere beneiden. Das sollte uns was wert sein.

Generell haben Sie es sich einfach gemacht, indem Sie schlicht die Einnahmeseite erhöht haben. Wirklich gespart wird kaum.

Doch. Wir senken die Arzneimittelausgaben um zwei Milliarden Euro und begrenzen die geplanten Mehrausgaben für Ärzte und Krankenhäuser. Das ist ein konkreter Sparbeitrag, der aber nicht zu einer Verschlechterung bei der Patientenversorgung führen wird.

Die Hausärzte in NRW gehen davon aus, dass die flächendeckende hausärztliche Versorgung gefährdet ist, weil sie nun doch keine üppigen Honorarzuwächse

bekommen werden.

Nach mehr Geld wird immer im Gesundheitswesen gerufen. Gerade die niedergelassenen Ärzte in Nordrhein-Westfalen können sich zu den Gewinnern zählen. Wir ermöglichen Honorarzuwächse, mit denen sie zu ihren Kollegen z.B. in Niedersachsen aufholen können. Wir wollen aber verhindern, dass es zu einem Ausspielen zwischen Haus- und Fachärzten kommt.

Wo sehen Sie noch Einsparpotenziale im System?

Das Zusammenspiel zwischen stationärer und ambulanter Versorgung muss deutlich verbessert werden. Hier sehe ich noch Effizienzreserven. Wir treten für eine leistungsorientiertere Vergütung von Krankenhäusern und Ärzten ein. Zurzeit orientiert sich die Vergütung noch am Mittelmaß und schafft keine Leistungsanreize. Nicht zuletzt müssen wir über Instrumente wie Kostenerstattung Anreize für ein gesundheitsbewusstes Verhalten der Versicherten schaffen.

NRZ